

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 12

Artikel: Befehl an Polen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094454>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Befehl an Polen

«... und das noch vor dem 9. Parteikongress.» So hat das sowjetische Schreiben an die PVAP die Forderung befristet, den Lauf der Dinge zu ändern. Die Forderung ist unabdingbar und unerfüllbar.

Seit März hatte in Polen relative Ruhe geherrscht. Die Streikwelle war abgeflaut, und lokale Konflikte glättete man meist zentral in Verhandlungen zwischen Solidarnosc und Regierung.

Allerdings erfasste das Reformfieber nun die Partei. Ihre Basis begehrte gegen den alten Kommandostil auf und setzte freie Parteiwahlen für die Delegierten zum 9. Parteikongress (14. bis 16. Juli) durch.

Den Sowjets missfiel das. Ihres Erachtens hätte die Partei schon nicht nachgeben müssen, aber angleichen durfte sie sich auf keinen Fall.

Nach einem Besuch Suslows in Warschau (23. April) ging die sowjetische Kampagne (stellvertretend auch in Prag und Ostberlin geführt) noch stärker los als während der grossen Streikzeit zuvor. Die Warnung vor «Konterrevolutionären» blieb, aber immer deutlicher gab es an die Adresse der PVAP selbst Kritik. Man warf ihr Mangel an Entscheidungswillen und ideologischer Festigkeit vor.

Die Sowjetunion möchte so viel wie möglich mit polnischen Mitteln arbeiten. Zur Wiederherstel-

lung der alten Machtverhältnisse sucht sie innerhalb der PVAP bestimmte Gruppen aufzuwerten:

● Die sogenannte Fraktion der Dogmatiker. Sie ist williger Befehlsempfänger der KPdSU.

● Die Organisation «Grundwald». Sie gehört direkt den Sowjets, weil sie von der Warschauer KGB-Residentur aufgestellt und finanziert ist. Sie kämpft unter pseudopatriotischen Schlagworten gegen Liberale, Juden («Zionisten»), Katholiken und antisozialistische Elemente.

● Ein Häuflein gescheiterter Parteifunktionäre, die mit sowjetischer Hilfe wieder zur Macht samt ihren Privilegien kommen möchten. Ein lärmiges Beispiel ist das «Katowicer Parteiforum».

Der politische Einfluss dieser Gruppen ist minim und geht kaum über sozialistische Folklore hinaus. Man muss sie aber deshalb in Betracht ziehen, weil hinter ihnen Armee und Sicherheitsdienst der UdSSR stehen. Moskau erwartet denn auch gar nicht, dass diese Alibispender alleine «die Ereignisse umkehren» können, was die sowjetische Forderung seit langem ist.

Ihre laufende politische Einmischung in Polen betreibt die Sowjetunion auf mehreren Ebenen.

— Sie verbreitet massive Fehlinformationen über die Lage in Polen und spricht von Anarchie, Konterrevolution, Bedrohung des Sozialismus usw.

— Sie organisiert selber via KGB «antisowjetische Provokationen» (Schändung von Rotarmisten-Gräbern usw.), um sich darauf berufen zu können.

— Sie versucht Polen durch Warnungen einzuschüchtern.

Im Juni ist aus der Einschüchterung unverhohlene Nötigung geworden.

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Marschall Kulikow, kündigte am 5. Juni in Warschau neue Militärmanöver in Polen an.

Und am gleichen Tag traf aus Moskau jener Brief vom sowjetischen an das polnische ZK ein, der nicht nur wie ein Ultimatum aussieht, sondern auch eines ist. Und ein Befehl.



In der polnischen ZK-Sitzung (8. bis 10. Juni) erlitt Grabski (der diesmal der vorgeschickte Moskowiter war) zunächst eine Abfuhr mit seinem Antrag auf Absetzung Kania's. In innerparteilichen Belangen eine bestandene Bewährungsprobe. Aber Entscheidungsfreiheit in ihren

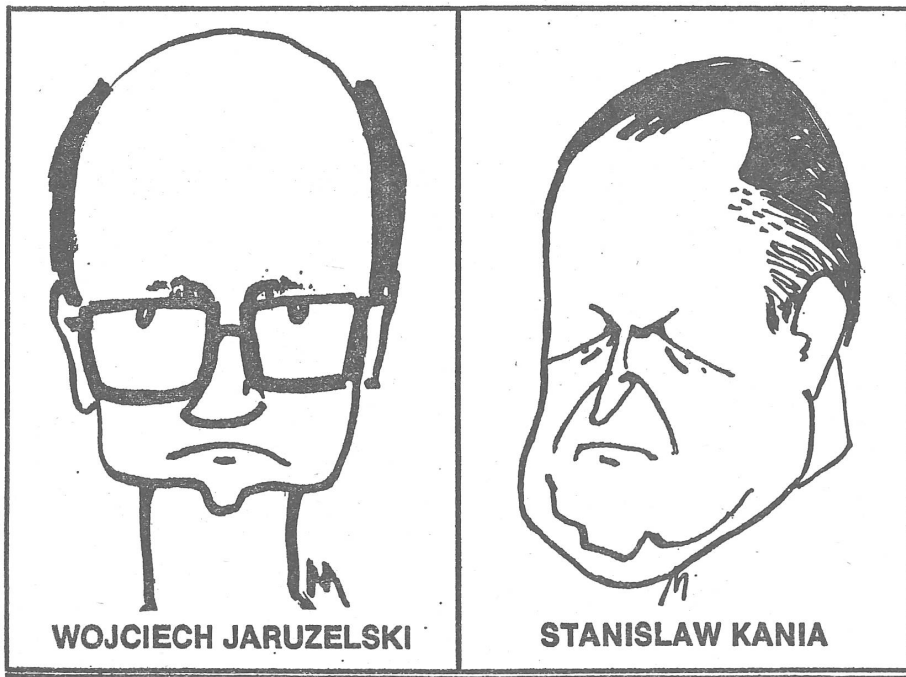


Ein Fingerzeig? Die Warschauer Zeitschrift «Polen» brachte in ihrer Mainummer zum 100. Geburtstag von Wladyslaw Sikorski eine mehrseitige Würdigung des Mannes, der während der Nazi- und Sowjetokkupation Polens im Zweiten Weltkrieg der polnischen Exilregierung in London vorgestanden war. Bild: Sikorski beim amerikanischen Präsidenten Roosevelt.

Belangen billigen die Sowjets ihren Genossen (?; Honecker sagt schon Herr statt Genosse Kania) nicht zu.

Kania suchte in der Sache zu beschwichtigen und zeigte Kompromisswillen. Ja, ganz richtig, die Konterrevolutionäre seien die grosse Gefahr, und man werde sie jetzt scharf bekämpfen. Andererseits werde die Partei, weil es keine Alternative dazu gebe, den Weg der Erneuerung weiter gehen.

Nur: Was den Polen die Erneuerung ist, das ist den Sowjets die Konterrevolution.



Der Regierungschef und der Parteichef im Geschichtsbuch. Wann wird die Seite umgeblättert? (Zeichnungen aus «Szpilki», Warschau, 3. 5. 1981)

«Deshalb lastet auf der PVAP eine geschichtliche Verantwortung. Nicht nur für das Schicksal der eigenen Nation, deren Unabhängigkeit und Fortschritt sowie die Sache des Sozialismus in Polen. Auf euch, Genossen, ruht auch die ausserordentlich hohe Verantwortung für die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Gemeinschaft. Die Zeit drängt. Die Partei kann und muss die Stärke finden, den Lauf der Dinge zu ändern und ihn in angemessene Bahnen zu lenken, und das noch vor dem 9. Parteikongress.

Wir hoffen, dass das Zentralkomitee der Partei der Kommunisten im brüderlich verbundene Polen in der Lage sein wird, seiner geschichtlichen Verantwortung gerecht zu werden.»

Brief des KPdSU-ZK an das PVAP-ZK vom 5. 6. 1981

«Deshalb meinen wir, dass die entschiedene Zurückweisung der Angriffe der antikommunistischen Kräfte und die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Tschechoslowakei nicht nur eure, sondern auch unsere Aufgabe ist. (. . .)

Wir möchten der Ueberzeugung Ausdruck geben, dass die KPTsch in Erkenntnis ihrer Verantwortung die erforderlichen Massnahmen treffen wird, um der Reaktion den Weg zu versperren. In diesem Kampf könnt ihr stets auf die Solidarität und jedwede Hilfe von seiten der sozialistischen Brudersländer rechnen.»

Brief der fünf Warschauer-Pakt-Staaten (jeweils KP-ZK) an das KPTsch-ZK vom 15. 7. 1968

stow, der mit dem Sowjetkommando in laufender Verbindung stand.

Aber dann lief die Sache anders. Parteichef Kania hatte offenbar von der Verschwörung Wind bekommen und setzte im Plenum ein Vertrauensvotum für das gesamte Politbüro durch; der geplanten Aktion fehlte der Ansatzpunkt.



Auch zum Selbstmord höherer Funktionäre von früher gibt es Hintergründe.

Oder wenigstens in einem Fall, denn beim ehemaligen Bauminister Edward Barszcz, gegen den wegen Korruption, Unterschlagung, Amtsmissbrauch usw. ermittelt wurde, dürfte es sich tatsächlich um eine Kurzschlusshandlung gehandelt haben.

Anders sieht die Sache bei Jerzy Olszewski aus, der in der Nacht auf den 22. Mai tot aufgefunden wurde. Er war von 1974 bis Ende 1979 Aussenhandelsminister gewesen; dann hatte man ihn aus seinem Amt entfernt und aus dem ZK der Partei ausgestossen. Auch gegen ihn lief eine Untersuchung wegen massiver illegaler Machenschaften. Doch an seinen Freitod glaubt man in Warschau nicht.

Denn Olszewski hatte sich anheischig gemacht, vor dem Untersuchungsausschuss darzutun, dass die Misswirtschaft in seiner Amtsperiode nicht über die allgemeinen Gepflogenheiten sozialistischer Länder hinausgegangen sei. Und dass die Verschuldung des Landes zu einem grossen Teil deswegen erfolgt sei, weil Polen als Mittler für die Sowjetunion im westlichen Ausland Maschinen und Ausrüstungen habe kaufen müssen.

Da es um Auftragssummen von 12 bis 15 Milliarden Dollar geht, hätten die Aussagen und Unterlagen des Ex-Aussenhandelsministers die Hintergründe der polnischen Wirtschaftskrise neu beleuchten können. So muss insbesondere die Sowjetunion ein Interesse am Schweigen des inhaftierten Beschuldigten gehabt haben. ■

Am 5. Juni hat die Sowjetführung ihren Brief an die polnische Führung geschickt. Am 20. Juni tagt der Warschauer Pakt (WP) in Sofia. Und auf den 14. Juni ist der Parteikongress in Polen angekündigt.

1968 schickten die WP-Staaten am 15. Juli ihr Warnschreiben an die CSSR-Führung. Am 3. August kam es zur gemeinsamen Erklärung der WP-Staaten (immer ohne Rumänien) in Bratislava. Die Diktion war sowjetisch, aber Dubcek und Genossen glaubten noch immer, ihr einen tschechoslowakischen Inhalt geben zu können. Auf den 9. September war der KPTsch-Kongress angekündigt. Aber zuvor fand am 21. August die Invasion statt.

Wenn sich schon die polnische Parteiführung sträubt, das Ultimatum zu akzeptieren, wie sollte es erst das polnische Volk tun?

Blufft die Sowjetunion im Poker? Sie zieht es vor, dass die Polen das Spiel von selber aufgeben. Aber sie hat die Trümpfe der Macht in ihrer Hand, und diese zählen. Wegen uns im Westen braucht sie keine Hemmungen zu haben. Während sich die Kommunisten in Warschau zu wehren suchten, fiel Westpolitiker Egon Bahr in Moskau über den amerikanischen Wehrwillen her, getreu den sowjetischen Wünschen.

Wenn die Arbeiterklasse rebelliert, dann wird sie bestraft. Hochkapitalismus? Nein, Höchstsozialismus. *dm/cb*

Plenum vom 29. März (einberufen angesichts einer Generalstreikdrohung von Solidarnosc) wurde der Olszowski-Gruppe tatsächlich Eigenmächtigkeit vorgeworfen, und sie bot ihren Rücktritt an.

Soweit die Rekapitulation, zu der auch gehört, dass «damals» sowjetische Invasionstruppen im Lande standen.

Indessen handelten Olszowski und Grabski samt einigen Gefolgsleuten nicht eigenmächtig, sondern weisungsgemäss. Sie hatten (so eine Schilderung in «Possev», Frankfurt, Nr. 5/1981) tatsächlich die Absicht, das Plenum zu verlassen, um sich direkt in die sowjetische Botschaft zu begeben. Mit Botschafter Aristow war schon abgesprochen worden, dass die Gruppe von dort aus einen Führungswechsel (Olszowski statt Kania und Grabski statt Jaruzelski) verkündigen und die Sowjetunion um «Hilfe» bitten würde. Die Sowjettruppen in Polen waren zu diesem Zeitpunkt bereits dementsprechend disloziert und warteten nur noch auf das Signal von Ari-

Ereignisse mit Hintergründen

Hatten in Polen die beiden sowjetfreundlichen Politbüromitglieder Stefan Olszowski und Tadeusz Grabski bereits im März einen Staatsstreich mit sowjetischer Truppenhilfe geplant?

Am 19. März wurden in Bydgoszcz (Bromberg) durch einen Polizeieinsatz, der bis jetzt ungeklärt geblieben ist, mehrere Gewerkschaftler spitalreif geschlagen, und eine Resolution des Politbüros, von der die meisten seiner Mitglieder nichts wussten, segnete die Aktion ab. Im ZK-

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.- (Ausland sFr./DM 42.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift